

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

160 (13.7.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 30 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 30 M.; in der Geschäftsstelle und bei unserm Karlsruher Abgaben abgeholt 27 M. monatlich. Einzelnummer 1.50 M.

Ausgabe: Verlags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Kaiserstr. 34. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einpaltige Kolonelleiste 3.40 M., auswärts 4.— M. Die Reklamezeile 15.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Verfolgung der Rathenau-Mörder

Berlin, 12. Juli. Die Mörder des Ministers Dr. Rathenau, auf deren Ergreifung und Ablieferung die Reichsregierung eine weitere Million Reichsmark ausgesetzt hat, befinden sich zweifellos in Mitteldeutschland und werden voraussichtlich verhaftet werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie verhaftet werden, nach Weßen, also in die Provinz Hannover, hinein oder nach Osten in der Richtung Wittenberg, Torgau auszuweichen, um Süddeutschland zu erreichen. Von denjenigen Personen, die ihnen Odium und Interaktion gewährt haben, ist eine ganze Anzahl bereits festgenommen worden. Sie sehen ihrer Verurteilung entgegen. Die Täter müssen dritte Personen zur Beschaffung von Lebensmitteln, an denen sie anheimelnd nicht leiden, in Anspruch nehmen, vielleicht auch über Wege befragen.

Berlin, 12. Juli. Wie der „Vorwärts“ über die Verfolgung der Rathenau-Mörder meldet, hat sich die Genthiner Spur als nicht richtig herausgestellt. Es ist vielmehr festgestellt worden, daß sich die beiden Mörder nach dem Darg begeben haben. Sie haben in Schöningen südlich von Helmstedt am Dienstag übernachtet und sind am Mittwoch vormittag weitergefahren. Da die Dargstraße, mit der die beiden sich im Schöninger Gasthaus eintrugen, wo sie übernachteten, mit jener übereinstimmt, die sie zuletzt in Bergen zurückgelassen haben, dürfte es sich um die richtige Spur handeln. Die beiden Mörder sind mit der Bahn über Quedlinburg in der Richtung Halle weitergefahren, haben aber den Zug vor Halle verlassen. Die Polizei ist ihnen in dieser Gegend nicht auf den Fersen.

Berlin, 12. Juli. Ueber die Verfolgung der Mörder Rathenaus erfährt man amtlich: Nach neueren Mitteilungen sind die Täter in der Richtung von Genthin geflohen worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie verhaftet werden, nach Berlin zu gelangen, um vielleicht dort ihre finanziellen Verhältnisse aufzubessern.

Berlin, 12. Juli. (Priv.-Tel.) Im „Berliner Tageblatt“ wird berichtet, daß die Verfolgungaktion gegen die Mörder Rathenaus dadurch erschwert wurde, daß die Polizei von der Bevölkerung absichtlich irreführend geleitet wurde. Es wurden bereits verschiedene Personen, die als Zeugen aufgetreten waren, unter dem Verdacht der Mithilfe an der Flucht verhaftet.

Zum Attentat auf Maximilian Harden

Berlin, 12. Juli. (Priv.-Tel.) Auf die Ergreifung des frühesten Oberleutnants Anleemann, der am Anschlag auf Maximilian Harden beteiligt war, ist jetzt eine neue Belohnung von 100 000 M. ausgesetzt. Hardens Verwandte ist, wie die „D. Z.“ a. W. mitteilt, noch immer heftig. Die Kopfundentdecken scheinen schmerz. Dem Patienten ist die größte Ruhe befohlen.

Waffenfunde

Berlin, 12. Juli. (Priv.-Tel.) In Bremen sind im Lagerhaus eines Kaufmanns 11 Kisten mit umgearbeiteten Militärwaffen, Modell 98, gefunden worden. Die Hausdurchsuchung der Kriminalbeamten wurde, nach dem „Vorwärts“, auf Veranlassung des Führers der USB. vorgenommen.

Die Regierungsumbildung

Die Forderungen der Gewerkschaften u. sozialistischen Parteien

Berlin, 12. Juli. Heute nachmittags hatte eine Besprechung der beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen mit den Vertretern der Gewerkschaften stattgefunden. Es wurde festgestellt, daß das Gesetz zum Schutze der Republik, so wie es in dem Reichstagsgesetz und bei den heutigen Abstimmungen in der Vollziehung angenommen wurde, erhebliche Mängel gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf aufweist und weit hinter den Forderungen zurückbleibt, die von den Gewerkschaften und den politischen Arbeiterparteien aufgestellt sind. In dieser Form wurde das Gesetz für die sozialistischen Parteien als unannehmbar erklärt.

Fälle das Gesetz aber dadurch, daß die sozialistischen Parteien dagegen stimmen, so sei die Aufhebung des Reichsgesetzes nicht zu vermeiden. Es wurde ferner festgestellt, daß das Gesetz zum Schutze der Republik nur von einer absoluten republikanischen Mehrheit beschaffen werden dürfe. Die Sozialdemokratie bestreite deshalb, daß die Koalition nach Links durch den Eintritt der Unabhängigen erweitert werden müsse und mache davon ihre weitere Forderung abhängig.

Zu dieser Meldung wird der „Neuen badischen Landeszeitung“ aus Berlin weiter berichtet:

Dieser Beschluß wurde heute Abend dem Reichstagskanzler mitgeteilt, der sofort den Reichspräsidenten verständigte. Reichspräsident Ebert, der sich noch zur Zeit in Süddeutschland befindet, unterbreitete deshalb seinen Urlaub und wird sofort nach Berlin kommen. Der Reichstagskanzler beabsichtigt nun, die Lösung der Krise selber in die Hand zu nehmen und aus eigener Initiative ein Kabinett durch Aufnahme einiger unabhängiger Sozialisten umzubilden. Der Reichstagskanzler würde dann mit dem neuen Kabinett vor den Reichstag treten und die Verfassensfrage stellen. Es hängt nun vom Zentrum und den Demokraten ab, ob sie sich mit dieser vollaugenen Tatsache abfinden wollen.

Es sei an den gestrigen Beschluß der Demokraten erinnert, mit jeder Partei zusammenarbeiten zu wollen, die auf dem Boden der demokratischen Republik steht. Die Unabhängigen werden bereit sein, diesem Verlangen vollaus Genüge zu tun.

Die Bergarbeiterbewegung

Essen, 12. Juli. Die Verhandlungen über die Streitsfrage im Kohlenrevier des Ruhrgebietes, die am 11. ds. Mis. im Gebäude des Bergarbeiterverbandes in Essen unter Leitung des Arbeitsministeriums begonnen haben, haben heute zu einer vollen Einigung geführt. Die entsprechende Vereinbarung bedarf noch der endgültigen Zustimmung der beiderseitigen Verbände, die bis zum Samstag, den 15. Juli zu erwarten ist.

Das deutsche Ersuchen um ein Moratorium

Erlaß der Zahlungen für 1922

Berlin, 12. Juli. Der Vorsitzende der Kriegskostenkommission hat heute der Reparationskommission in Paris eine Note der Reichsregierung folgenden Inhalts überreicht: Die deutsche Regierung hat bisher trotz schwerer wirtschaftlicher Bedenken diejenigen Zahlungen bewilligt, die in den Entscheidungen der Reparationskommission vom 13. Januar und vom 21. März des Jahres festgesetzt worden waren. Die Währungsverhältnisse haben sich so hart zuzunehmen, daß die Zahlungen, die durch die Verpflichtungen nach dem Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 bei den damaligen Währungsverhältnissen eine Deckung von rund 38 Milliarden Papiermark erforderlich gewesen war, zur Erfüllung der ernährten Verpflichtungen nach den Währungsverhältnissen vom März 1922 bereits einen Betrag von 51,4 Milliarden Papiermark gebrauchte worden wären, welche Summe unter Berücksichtigung der jetzigen Währungsverhältnisse nunmehr auf 80 Milliarden Papiermark gestiegen ist. Zu dieser Summe treten im übrigen Devisenverpflichtungen des Reiches zur Erfüllung des Vertrags von Versailles von insgesamt jährlich rund 600 Millionen Goldmark, d. h. 56 Milliarden Papiermark. Mühe die deutsche Regierung unter diesen Umständen ausländische Zahlungsmittel für die ihr auf Grund des Versailles Vertrags auferlegten Verbindlichkeiten weiterhin in ansehnlicher Menge beschaffen zu können, so würde die gegenwärtige Verminderung des Wertes der deutschen Papiermark rasch und unaufhaltsam fortschreiten und zu einer vollkommenen Zerrüttung des finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens Deutschlands führen. Die deutsche Regierung stellt daher im Hinblick auf Artikel 234 des Vertrags von Versailles den Antrag, für die nach der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März d. J. während des Kalenderjahres 1922 fällig werdenden Barzahlungen zu Gunsten. Was den am 15. Juli fälligen Betrag angeht, so wird die deutsche Regierung den im Hinblick auf frühere Leistungen verbleibenden Restbetrag von etwa 33 Millionen Goldmark zur Verfügung stellen.

Moratorium oder Anleihe?

Paris, 12. Juli. Die „Echo de Paris“ mitteilt, sei es wahrscheinlich, daß vielleicht schon heute ein offizielles Ersuchen um ein Moratorium von Seiten der deutschen Delegierten formuliert werde. Aber die Reparationskommission werde erst darüber Beschluß fassen, nachdem sie den Bericht des Garantieauschusses erhalten habe. „Petit Parisien“ meint, man könne englischerseits vorgeblich zu haben, die Zahlung der am 15. Juli fälligen 32 Millionen Goldmark um einige Tage hinauszuschieben. Durch diese provisorische Maßnahme soll der Bank des Marktes vorgebeugt werden. Nach dem gleichen Blatt ist man geteilt auch wieder auf den Plan einer internationalen Anleihe zurückgekommen, solange die Mark sich etwas gebessert habe.

Paris, 12. Juli. Das „Petit Journal“ gibt von den gestrigen Beratungen der Delegierten der Reparationskommission über die deutsche Finanzlage folgende Darstellung: Sir John Bradburn hat die Annahme eines neuen Moratoriums gefordert, das nicht nur die vollkommene Aufhebung aller Goldzahlungen für zwei oder gar für drei Jahre vorsehe, sondern auch für den gleichen Zeitraum eine wesentliche Verabänderung der Sachleistungen enthalten soll. Das Blatt sagt: Dieser Vorschlag verstoße die Ausführung des Abkommens von Versailles gerade in dem Augenblick aufzuheben, in dem das Abkommen endlich verwirklicht werden soll und Brantisch jeder Art von Reparationszahlungen bis zum Jahre 1925 zu bewahren. Die Delegierten von Belgien und Italien haben sich, wie das Blatt zu wissen glaubt, mit mehr oder weniger wichtigen Vorbehalten dem englischen Vorschlag angeschlossen. Dubois hat nur bedingtes fänden, daß keine Entscheidung getroffen wird, bevor der Garantieauschuss von Berlin nach Paris zurückgekehrt sei. — „Ere Nouvelle“ erzählt, daß Lord George nach Paris kommen will, um mit Poincaré zu sprechen. Poincaré aber habe die Absicht, sich dieser Unterredung zu entziehen. Er erwarte die Entscheidung der Reparationskommission.

Die Schulden der Alliierten

London, 12. Juli. Der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meldet: Gestern wurden in ministeriellen Kreisen Beratungen bezüglich der Forderung der englischen Schuld an Amerika abgehalten. Bei der gestrigen Kabinettsitzung hatten Hanson, Burns, Gladstone und der britische Wechsler in Washington, Geddes, eine lange Unterredung, bei der auch die Frage der Schuld an Amerika zur Sprache kam. Man erwartet, daß binnen kurzem eine Beratung zwischen englischen und amerikanischen Sachverständigen beginnen werde. Anzusehen werden Vorbereitungen getroffen, um die im Herbst fälligen Zinsen an Amerika zu zahlen.

Die wirtschaftliche Notlage der Presse

Berlin, 12. Juli. Der Reichsrat beschäftigte sich heute mit den Ausschlußberichten über den Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Es wurde ein Antrag Preussens angenommen, in dem es heißt: Bei Veräußerung von Holz durch die zur Gewinnung des Holzes von forstwirtschaftlichen Grundbesitzern Beschäftigten wird eine Abgabe von 1/2 Proz. des Verkaufspreises erhoben. Rücküber von forstwirtschaftlichen Grundbesitzern unter 10 Hektar bleiben von der Abgabe frei. Die Abgabe ist an die Rückübernehmerklasse für die deutsche Presse abzugeben. Das Gesetz soll vorläufig bis zum 31. Dezember 1922 gelten und in erster Linie soll die kleinere und mittlere Presse berücksichtigt werden. Außer der Umsatzsteuer bei Holzverkäufen wird eine Ausfuhrabgabe von 1/2 Proz. Mille erhoben.

Die Grenzfrage im Osten

Polen als Nachbar

* Die Übernahme Oberschlesiens in deutsche bzw. polnische Verwaltung hat sich vollzogen. Bei dieser Gelegenheit hat sich noch einmal sehr deutlich die Gefahr gezeigt, die entsteht, wenn es nicht beiderseits gelingt, den Schutz der öffentlichen Sicherheit in feste Hand zu nehmen. Noch immer treiben die irregulären Banden ihr Unwesen, noch immer wird der Wirtschaftsfriede durch Terrorakte auf das Übelste gefährdet. Es soll an dieser Stelle nicht unterdrückt werden, inwiefern sich die Verhältnisse auf deutschem Gebiet von den polnischen unterscheiden, wenn gleich kein Zweifel darüber besteht, daß das gesamte soziale Leben in den polnischen Landesteilen bei weitem mehr zerstückelt ist als bei uns. Trotzdem gilt für beide Teile die Forderung, mit allem Unbarmerzig und schleunigst ein Ende zu machen, was die Autorität des Staates und die öffentliche Sicherheit untergräbt.

Die Grenzlande gehören zu den Gebietsteilen, die am meisten dem Druck von außen ausgeht sind, die am meisten auf ausländische Einflüsse in irgend einer Weise reagieren. Deshalb muß in Oberschlesien vor allem dafür gesorgt werden, daß Republikaner das Heft in Händen halten. Die Verhältnisse, wie sie in Schlesien, in Ostpreußen und den Grenzmarken bestehen, lassen einen nicht unberührt in die Zukunft sehen. Dort ist vieles verfaulend. Man hat wichtige Aufgaben Institutionen überlassen, über deren innere Eignung für ihre verantwortungsvollen Amt man sehr geteilter Meinung sein kann, mag auch nach außen hin ein Anstöß vermieden werden. In Oberschlesien steht man vor einem neuen Anfang. Obere Verwaltungsbeamte, von denen man weiß, daß ihnen die Monarchie näher liegt als die Republik, haben das Land verlassen. Aber trotzdem wird man das Empfinden nicht los, daß sich auch hier Körperlichkeiten einstellen, die nicht zu den geeigneten Prädestinanten der deutschen Republik gehören. Es mag unerörtert bleiben, wieviel in dieser Hinsicht während der Abstimmungsperiode verkehrt worden ist. Aber dringend muß darauf gewarnt werden, in Zukunft die Fäden schleifen zu lassen. Die Reichsregierung muß zu einem illusionären Begriff werden, wenn sich die Grenzlande von der deutschen Republik abspalten; dem Einheitsgedanken werden die Fundamente abgegraben, wenn Preussens Grenzbezirke zu Hochburgen oppositioneller Kampfstimmung werden. Ein Verfall Preussens ist auch denkbar, wenn auch nach außen hin die Einheit gewahrt bleibt. Man sage nicht, daß es sich um eine naturgemäße Entwicklung auf der Grundlage eines nationalen Hochgefühls handle, das in diesen Gebieten nicht nur erklärlich, sondern auch begründbar ist. Das hieße, äußere Begleiterscheinungen für des Lebens Kern halten. Die Rheinlande beweisen, daß ein durchaus würdiger und durch und durch gesunder Nationalismus auch im Rahmen des republikanisch-demokratischen Zeuges möglich ist. Man sage auch nicht, daß man sich den Tatsachen nicht entgegenstemmen könne. Was fehlt, ist die rechte Grenzlandpropaganda, über die andere Kreise in überaus starkem Maße verfügen. Wenn hier nicht Widerstände gebrochen, Gegenstände aufgeworfen werden können, wenn nicht eine geschickte Verknüpfung bezwungen Fehler wieder gut macht, könnten sich eines Tages im Grenzland-Problem Komplikationen ergeben, die zu ernstlicher Sorge Anlaß geben müßten. Die Stimmung in den östlichen Grenzlandprovinzen ist heute noch nicht so, wie es nach außen den Anschein hat. Die Bevölkerung ist für die Notwendigkeiten des Augenblicks, für die Veränderungen einer neuen Zeit und für die Zukunftsaufgaben der Republik durchaus zugänglich. Es finden sich nur zu wenige, die ihr das sagen.

Wenn hier betont wird, daß es notwendig ist, in Deutsch-Oberschlesien neben der Sicherheitspolizei keine Sonderwehren aufkommen zu lassen, so zum großen Teil deshalb, weil die Zustände in Polnisch-Oberschlesien, wo wieder einmal alle deutschen Elemente vogelfrei zu sein scheinen, einen sehr energischen und entschlossenen Schritt der deutschen Regierung notwendig machen, sofern sich nicht baldigt die Verhältnisse von Grund auf bessern. Unser Verhältnis zu Polen stand bisher gänzlich unter dem niederdrückenden Einfluß von Gebietsabtretungen, die wir zum sehr großen Teil als nicht berechtigt empfanden, sie standen unter dem Einfluß einer deutschfeindlichen Kolonialpolitik auf der Gegenseite, die uns keinen Anlaß gab, für den Wiederaufbau der polnischen Wirtschaft einen Finger zu krümmen. Es steht außer Frage, daß Polen wirtschaftlich der deutschen Hilfe nicht entzogen kann, wenn es wieder zu gesunden Verhältnissen gelangen will. Die Klagen, die in Warschau seit langer Zeit gegen die deutsche Ausfuhrpolitik erhoben werden, entspringen im wesentlichen dieser Einsicht. Wenn die polnische Regierung gebeten hat, mit dem Beginn der deutschen polnischen Wirtschaftsverhandlungen zu warten, bis sie sich fest gebildet und in die Materie eingearbeitet hat, so darf man wohl auch das als Zeichen dafür auffassen, einen wie großen Wert man in Warschau diesen Verhandlungen beilegt.

Die wichtigste Industrie Polens, die Tuchindustrie, die mehr als die Hälfte der polnischen Industriearbeiter beschäftigt, war vor dem Kriege ganz auf den Export nach Rußland eingestellt. Rußland ist auf lange Jahre hinaus tot. Als aufnahmefähiges Exportland kommt vorläufig nur Deutschland in Betracht. Polen ist hauptsächlich ein Agrarland. Trotzdem kann es sich infolge der Zurückgebliebenheit seiner bäuerlichen Bevölkerung bei weitem nicht selbst ernähren. Es sollte doch zu denken geben, wenn die landwirtschaftliche Produktivität der früher preussischen Gebietsteile, die Lieberfeldländer waren, seit ihrer Zugehörig-

Deutscher Reichstag

Das Gesetz zum Schutze der Republik

Berlin, 12. Juli 1922.

Ein Gesetz zur Regelung von Angelegenheiten der Sozialversicherung und des Arbeiterrechts bei der Durchführung des Vertrags von Versailles, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es wird sodann die zweite Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik fortgesetzt und § 1, der die Strafbestimmungen über Vordringlichkeit, fast einstimmig mit Einschluß eines großen Teils der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Bei § 1b (Angelegenheiten) befragt Abg. Dr. Wundt (D. Vp.) einen Antrag, daß von der Angelegenheit neben den Deutschen auch die Ärzte, Rechtsanwälte und Verteidiger ausgenommen werden.

Abg. Dr. Dell (Ztr.) erklärt, daß sich im Ausschusse seine Reaktion grundsätzlich für den Antrag ausgesprochen habe, aber ihm jetzt nicht zustimmen werde, weil zu befürchten sei, daß das Schicksal der ganzen Vorlage dadurch gefährdet werde.

Der Antrag wird nunmehr abgelehnt. Ein weiterer Antrag der Deutschen Volkspartei, daß Gesetze von der Angelegenheit zu erlassen seien, wird mit 200 gegen 158 Stimmen abgelehnt. — Dafür stimmen die beiden Reichsparteien, die Bayerische Volkspartei und die Demokraten und ein Teil des Zentrums. — § 1b wird sodann gegen die Parteien der Rechten in der Ausschlußfassung angenommen. Es sind nun also nur die Gesetze von der Angelegenheit ausgenommen, sowie Verwandte auf- und absteigender Linie und Ehegatten, wenn sie sich entsprechend bemüht haben, den Täter von der Tat abzuhalten. — Zu § 2 (Strafbestimmungen für Verfassungsverstöße) hat „Staatsrechtlich-militärisch“ zu sagen.

Abg. Wisell (Zog.) begründet den Antrag der beiden sozialistischen Parteien, eine neue Fassung einzufügen, wonach bestraft wird, wer es unternimmt, auf die Errichtung der Monarchie gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu fördern, oder die früheren Reichsorgane gleichgewisse zur Schau trägt oder stellt. — Der Antrag Wisell wird mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien abgelehnt. — Es werden aber einzelne Milderungsanträge der bürgerlichen Partei gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Schließlich wird § 2 mit 222 gegen 117 Stimmen angenommen.

§ 5 regelt die Einsetzung des Staatsgerichtshofes. Abg. Gamminger (C. Vp.) stellt in dem Staatsgerichtshof ein mit der Befugnis nicht zu vereinbarendes Ausnahmegericht. Zudem sei der Staatsgerichtshof ein schwerer Angriff gegen das Reichsgericht.

Der Abg. Dr. Sauf (D. Vp.) beantragt, den Staatsgerichtshof dem Reichsgericht als Senat anzuschließen, wobei dem Laienrat das Referat über die Berufung gegeben werden soll.

Abg. Gamm (Dem.) tritt gleichfalls für die Heranziehung des Reichsgerichts ein, das sich schon bei den Kriegsverbrechen nicht isolieren würde. Wo der Oberreichsanwalt sich an bürgerliche Behörden um Unterstützung gewandt habe, seien keine Genugtuungen eintreten. 90 Prozent der bayerischen Bevölkerung halten ausschließlich die Republik für die beste Sicherung der Reichseinheit. Man kann aber nicht einfach militärisch kommandieren: „Links schwenkt marsch, in den Freiheitsstaat!“

Reichsjustizminister Dr. Hübner: Wir sind in der Ausschlußberatung den bayerischen Wünschen so weit entgegengekommen, daß es fast nicht mehr zu tun übrig bleibt. Offenheit gelte es dem Abg. Gamm, die noch bestehenden kleinen Differenzen auszugleichen. Der Staatsgerichtshof ist kein Ausnahmegericht, sondern ein Sondergericht und vertritt deshalb nicht gegen die Verfassung. Der Reichsgerichtspräsident wird natürlich auch nach dem Reichsgericht als Vorsitzender herangezogen werden. Wird das Vorschlagsrecht aber gesetzlich festgelegt, so wird es zur entscheidenden Gewalt. Der Minister bittet schließlich, es bei der Regierungsvorlage zu lassen, welche 3 Berufsrichter und 4 Laien vorsieht.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Vp.) bedauert die Haltung des Ministers und empfiehlt nach dem Ausschlußantrag 2 Berufsrichter und 5 Laien. Der Antrag der Volkspartei auf Angliederung des

Staatsgerichtshofes an das Reichsgericht sieht bei den breiten Volksmassen auf, berechtigtes Mißtrauen und ist deshalb abzulehnen.

Reichsjustizminister Dr. Hübner erwidert auf eine Anfrage des Vorredners, es sei wahr, daß die Vertreter der Oberreichsanwaltschaft in München, die auf Ersuchen des Oberreichsanwaltes anstehenden bayerischen Polizeibeamte wieder weggeschickt haben, auf irgend einen Vorwand der bayerischen Polizei sei das aber nicht zurückzuführen. Es ergebe sich hieraus die Notwendigkeit, das Reichsministergesetz baldmöglichst zu beschließen. Was die Nichtverfolgung der Kommissen angeht, so liege das nicht an dem Verhalten des Oberreichsanwaltes, sondern an dem Amnestiegesetz, dessen Wortlaut den Vertretern der Führer viel zu eng gefaßt. Der Oberreichsanwalt ließe mit vollem Bewußtsein auf dem Boden der Republik und verdiene das Vertrauen.

Abg. Dr. Dell (Ztr.) beantragt, den Staatsgerichtshof aus neun Mitgliedern zusammenzusetzen, und zwar aus 3 Reichsgerichtspräsidenten und 6 Laienrichtern. Auch Bayern hat sich unter grundsätzlichen Vorbehalt der Zahl der Richter damit einverstanden erklärt.

Abg. Wisell (Zog.) tritt für den Ausschlußantrag von zwei Berufsrichtern und 5 Laien ein und polemisiert gegen die Haltung der bayerischen Volkspartei.

Nach längerer Debatte wird der Antrag des Zentrums und der Demokraten, den Staatsgerichtshof aus drei Reichsgerichtspräsidenten und 6 Laienrichtern bestehen zu lassen, angenommen; ebenso ein Antrag Wundt (D. Vp.) auf Sicherstellung des Reiches der Ablehnung und Ausschließung von gerichtlichen Personen.

Mit dieser Veränderung wird § 5 in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Zu § 6, der die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes regelt, wird ein Antrag der bürgerlichen Volkspartei angenommen, der Forderungen gegen Mitglieder einer früheren republikanischen Regierung nur insoweit treffen will, als diese Laien ausschließlich gegen die verfassungsmäßige republikanische Staatsform eines Landes, die Mitgliedschaft einer im Lande befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung eines Landes oder gegen Landesfarben gerichtet sind.

Bei § 7 protestiert Abg. Semmler (D. M.) gegen das Verbot von Vereinigungen, Anzeigen und Kundgebungen wegen der dort zu Tage tretenden Bemerkung. Die Regierungspartei: „Der Feind steht rechts!“ wie schon heute ihre Wirkung ausgeübt. „Lebende Leute wie im Marienburger Fall, wo nach Verhörung eines Redakteurs, der seine Zeitung nicht einstellen wollte, schließlich dessen Frau erschossen wurde.“

Reichsminister des Innern Dr. Hübner erwidert, mit Rücksicht auf die Länder habe der Reichstag das Gesetz so aufgestellt, daß der Reichsminister des Innern kein Recht habe, in die Arbeit der Länder einzugreifen, Zeitungen und Versammlungen zu verbieten. Abg. Semmler möge sich daher mit seiner Beschwerde an die richtige Stelle wenden. — § 7 wird unter Ablehnung aller Anträge in der Ausschlußfassung angenommen. — Zu § 8 begründet Abg. Vogel-Frankel (Zog.) einen Antrag, der neben den Landeszentralbehörden auch dem Reichsminister des Innern die Zuständigkeit für Vereinigungsverbote zumeist. — Der Antrag wird gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt und der Rest des Abschnittes „Verbotene Vereinigungen“ in der Ausschlußfassung angenommen.

Auch die übrigen Anträge werden nach längerer Debatte die sich in die letzten Abendstunden hinzog, im wesentlichen nach den Ausschlußfassungen angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag 2 Uhr: Amnestiegesetz und kleinere Vorlagen.

Das Beamtendisziplinarrecht

Der Rechtsausschuß des Reichstages begann am Dienstag mit der ersten Beratung des Gesetzes über die besonderen Pflichten der Beamten gegenüber der Republik. Während das Gesetz zum Schutze der Republik im Ausschusse fast leidenschaftlich besprochen wurde, prallte bei dem Beamtenrecht die Meinung hart und lebhaft aufeinander. Vielleicht hat dies seine Ursache darin, daß die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten nur Beamte in den Ausschuss entsandt haben, ein etwas eigenartiges Verhalten, wenn man bedenkt, daß es sich hier nicht nur um Beamteninteressen, sondern um den Schutze des republikanischen Staates handelt, der doch u. U. auch nach anderen Bürgern hat als Beamte. Der deutsche Volksparteier

Scholz bezeichnete das Gesetz als für die Beamtenschaft untragbar. Reichsminister Hübner hat um größte Beachtung bei der Beratung des Gesetzes und erklärte gegenüber den Ausführungen des Abg. Scholz, daß die preussische Regierung, der auch Freunde des Herrn Scholz angehört, sich einstimmig für die von den Volksparteiern angeführten Artikel ausgesprochen hat. Der Zentrumsabgeordnete Hüffe behauptet, daß, bevor das Gesetz vorgelegt wurde, nicht erst mit allen Beamtenorganisationen verhandelt worden sei. Er habe gegen das Gesetz lebhaft Bedenken. Reichsminister Hübner erwidert dann nochmals auf Ausführungen des Herrn Scholz, der das Bedürfnis hatte, sich besonders beamtenfreundlich zu zeigen. Hübner wies zunächst darauf hin, daß das Gesetz nicht verfassungswidrig sei. Man müsse sich bei der Beurteilung dieser Vorlage fragen, was dem eigentlich das Gesetz zum Schutze der Republik durchzuführen soll. Die Reichsregierung und die Länder müssen zur Durchführung des Gesetzes einen Beamtenkörper haben, der es auch wirklich im Sinne der Volkspartei durchzuführen kann. Gegen den inwieweit eingegangenen Antrag, die Spitzenorganisationen der Beamten zu hören, habe die Regierung nichts einzuwenden, bitte jedoch, hierdurch keine Verzögerung in der Erörterung des Gesetzes eintreten zu lassen. Genosse Hoffmann-Kaiserlauren stellt fest, daß die Notwendigkeit des Gesetzes für uns schon seit drei Jahren besteht. Die Beamtenschaft agitiert zum größten Teile amtlich gegen die Republik. Ausgerechnet der Deutschnationalen Partei kündigt an, daß sich in der Beamtenschaft ein Kampf gegen dieses Gesetz erheben werde, wie man ihn noch nicht erlebt habe. — Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Spitzenorganisationen der Beamten sofort zu hören und am Mittwoch in die Spezialberatung einzutreten.

Der Wohnungsausschuß

Der Ausschuss beschäftigte sich am Dienstag mit der Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau im Winter 1922. Der Ausschuss kam zu dem Beschluß, trotz aller Ablehnungen, die unschätzbar sind, als der Wohnungsbau sich heute ungefähr um das Hundertfache vergrößert hat, die Errichtung von Wohnungsbauten im kommenden Jahre weiterzuführen. Unter den gegenwärtigen Umständen wurde jedoch von der materiellen Beratung des Beschlusses Abstand genommen. Es wurde ein Interimsauschuß gebildet, in den jede Partei, die Sozialdemokratie zwei Vertreter entsendet. Dieser Interimsauschuß wird durch Sachverständige ergänzt und jedenfalls Anfang September die Arbeiten aufnehmen. Der Arbeitsplan erstreckt sich auf die Veranlagung der Schaffung von Mitteln für den Wohnungsbau und deren zweckmäßige Verwendung. Der Ausschuss über die Mittelerschaffung und Mittelverwendung soll eine Woche vor dem Zusammentritt des Reichstages im Herbst im Ausschusse beraten werden.

Die Ausschlußkommission des Reichstages befaßte sich am Dienstag mit der Frage, inwiefern einen Beschlüsse des Reichstages und einem Vorschlage des Reichsministeriums des Innern, die Spitzensachen der alten Staatsform an öffentlichen Gebäuden zu beseitigen, am und im Reichstagsgebäude nachgenommen werden kann. Beschlossen wurde, zunächst die Kronen auf den Fahnenmasten zu beseitigen und für die Befestigung der Krone auf der Stupel und der Krone auf den Säulen ein künstlerisches Gutachten und einen Kostenveranschlagung anzufordern. Ein Gesamtkostenveranschlagung über die sonstigen Umgestaltungen am Reichstagsgebäude, das nach dem hohenzollernischen Art mit monarchischen und kaiserlichen Emblemen an allen Ecken verziert ist, soll erst nach einer Befestigung durch namhafte Architekten und Kunstverständigen aufgestellt werden. — Auch über die Befestigung des Standbildes Wilhelm II. in der Wandelhalle, das von Kunstmalern nicht als künstlerisch betrachtet wird, wurde lebhaft debattiert. Genosse Hüffe schlug vor, an dessen Stelle einen Gedenk-Obelisk mit dem Namen der beiden im Kriege gefallenen Reichstagsabgeordneten, des Sozialdemokraten Frank und des Bienen v. Weding, sowie der beiden in der Nachkriegszeit für das Vaterland gestorbenen Minister Graberger und Nathanael zu errichten. Nach anderen Vorschlägen von bürgerlicher Seite wurde auf Antrag des Demokraten Göttsche in die Debatte über die Befestigung des stehenden Standbildes in der Wandelhalle auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

PUTZ EURE OPEN NUR MIT ENAMELINE

Aus der Ideenwelt Georg v. Vollmars

Vollmar war ein hervorragender politischer und gesellschaftskritischer geistvoller und scharfsinniger Kopf, der eine ungemein reiche Ideenwelt beherbergte. Für seinen klaren und sicheren Blick zeugen so viele seiner Reden und Aufsätze. Wir wollen einige Proben aus der Ideenwelt Vollmars hier geben:

Es gibt zwei Entwicklungsmöglichkeiten des Fortschritts: die Entwicklung vollzieht sich entweder auf dem Boden der konstitutionellen Demokratie oder auf dem Boden des Bonapartismus. Auch Pitt in England hat einen König gehabt, der sich impulsiv fortwährend in die Staatsangelegenheiten einmischte. Pitt hat sich dieser Versuchung mit Erfolg zu erwehren genötigt und ein für allemal gefastet, daß die Politik des Landes allein vom persönlichen Ministerium zu leiten ist. Dadurch gewann England im abgelaufenen Jahrhundert die ruhigste Entwicklung zu demokratischen Staatsformen. Anders in Frankreich, wo es Napoleon dem ersten gelungen ist, eine Zeit lang sein persönliches Regiment aufzurichten. Welches Ende dieses gefunden hat, bedürfte es Ihnen nicht zu erzählen. Ich meinerseits wünsche und möchte hoffen, daß die uns bevorstehende Entwicklung nach englischer Art vor sich ginge, daß wir auf ruhige, organische Weise zu immer freieren politischen Zuständen gelangen und nicht den Weg des Bonapartismus gehen. Leider aber zeigen sich unüberkennbar immer mehr Anzeichen des Letzteren. Reichstags-Statseide, gehalten am 20. Januar 1908.

Es hat Monarchen genug gegeben, die den Begriff des Vaterlandes und ihr eigenes Ich für ein und dieselbe Sache gehalten haben, und ich weiß gar nicht, ob diese Spezies heutzutage schon ausgestorben ist. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Es hat Regierungen gegeben, die alle Kräfte und Mächte angegriffen, zur Verwirklichung ihrer Weltanschauung einen Weltkrieg in Blut und Flammen gesetzt und ihr Volk zu allem im Namen des Vaterlandes als Werkzeug kommandiert haben. Es gibt herrschende Klassen und Kloterien, die ihrerseits die ganzen Kräfte des Lebens ihres Landes und des Reiches ihres Volkes für sich einheimen, dieses aber unterdrücken und dann gleichwohl verlangen, daß, wenn im Gefolge dieses ihres Treibens auswärtige Kämpfe entstehen, das Volk diese dann im Namen der Vaterlandsliebe ausföhren soll. Allen so charakterisierten Auffassungen liegt das Gemeinsame zugrunde, daß das Volk als etwas rein Passives betrachtet wird, daß man meint, das Volk habe über die höchsten Dinge seines Daseins, über Krieg und Frieden selbst nicht mit zu beschließen, sondern einfach zu tun, was die augenblicklichen Weisheitsräte befehlen. Rede in der bayerischen Kammer vom 11. Januar 1906.

In seiner Münchener Eldorado-Rede vom 1. Juni 1891 und in seinen nachfolgenden Aufsätzen in der „Münchener Post“: Vom Optimismus, hat Vollmar auf die Zusammenhang im großen allgemeinen Grundgesetz der Entwid-

lung mit den gleichen Tendenzen im historischen und gesellschaftlichen Prozeß hinweisen und daran die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie wissenschaftsphilosophisch in der Praxis festgelegt. Hören wir folgende Sätze, die heute geschriebenen sein könnten:

Gewiß hat der vorwärtsstrebende, alles niederwerfende Gedanke sein Recht. Er ist notwendig, um ein System, eine Weltanschauung zu bilden, eine Idee rein darzustellen und für sie zu begeistern, ein Beispiel anzugeben, das auf den wechselnden Wegen die Richtung weist. Und dieser Gedanke wird um so weniger Gegenwehr finden, je mehr man ihn ausschließlich auf das Gebiet der Theorie beschränkt und von der Fleischwerdung zurückhält. Die Zeit aber, die Liebertragung des Gedankens in die Wirklichkeit, überbringt die Sündenröße nicht so leicht und schnell. Bisweilen hat es ja wohl große Kräfte gegeben, wo die Geschichte einen plötzlichen Ausbruch und einen Sprung zu tun schien. Im allgemeinen aber findet ein langsames, organisches Entwickeln statt. Wie die natürlichen Verhältnisse nicht in unvernünftiger Weise den folgenden Umwälzungen entgegenstellen, so stellen die gesellschaftlichen Bedingungen einander nicht als abgeklärte, unermittelte Einheiten ab. Es gibt auch hier kein künstliches Wesen, kein plötzliches Aufsteigen und Wiederabsteigen, sondern das Alte wächst allmählich, viel zu langsam für den hochfliegenden Sinn, aber sicher in das Neue hinein. Dieses kontinuierliche Werden des Neuen im Geiste und des Neuen im Heute läßt nichts Absolutes aufkommen; alle politischen und gesellschaftlichen Zustände sind etwas Relatives, fließ Übergangsformen. Die heutige Form zu bemessen, um auf die Gestaltung der morgigen einzulassen — das muß unsere Aufgabe sein. Wer aber auf dem ungewissem Gebiete des sozialen Fortschritts- und Staatslebens nicht nur kritizierend und vernennend wirken, sondern Positives erzeugen will, der muß vor allem seine Kraft genau abwägen.

Sicherlich ist unsere Partei international im besten Sinne des Wortes. Es ist einer unserer Hauptzwecke, daß wir stets und besonders dann, als es am gefährlichsten und schwierigsten war — in der ersten Zeit nach dem Kriege —, den falschen Nationalitätsdünkel bekämpfen und das Verbindende, allgemeine Menschliche über das Trennende, Nationale gesetzt haben. Wenn je eine Arbeiterbewegung die Pflichten der internationalen Verbrüderung zu allen Zeiten erfüllt hat und erfüllen will, so ist es die deutsche. Aber damit ist nicht ausgeschlossen, daß es für uns auch nationale Aufgaben und Pflichten gibt. Denn so weltbürglich der Mensch denken mag, so muß er, wenn er nicht ein Träumer ist, anerkennen, daß die wirtschaftlichen Bedingungen nicht unbedingt und maßlos abwärts wirken, sondern daß die Verhältnisse des Volkstums und der kulturellen Gemeinwesen tief begründet sind. Auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ werden wir noch lange zu warten haben. Bekämpfen wir also den nationalen Dünkel, den Chauvinismus, wo wir ihn finden, und sehen wir weiten Blickes die gemeinsamen Interessen der Menschheit über die ihrer einzelnen Glieder; aber lassen wir

uns ebensowenig zu einer widerwärtigen Verneinung eines berechtigten nationalen Lebens und der daraus auch für uns erwachenden Pflichten verleiten. Verneinen wir ebenso sehr die nationale Erhebung wie das andere Zerbild, die Verneinung der Nation und die Selbstbeschimpfung. Rede im Eldorado vom 1. Juni 1891.

„Das Leben der Gesellschaft und der Staaten besteht nicht aus sich überlagenden Etagen, sondern aus einer Reihe von ineinander verschlungenen der Machtverhältnisse, von Teilerfolgen. Und diesem Gesetze ist unsere Partei wie jede andere unterworfen. Wollten wir eine religiöse Sekte oder eine wissenschaftliche Schule sein, dann freilich brauchen wir uns um die unangenehme Wirklichkeit nicht zu kümmern, sondern könnten ruhig unsere Luftschlösser bauen.“ Rede im Eldorado vom 6. Juli 1891.

Es ist wahr, daß unsere Zeit schnelllebig ist, und daß heute niemand sagen kann, ob nicht durch wirtschaftliche Geschehnisse oder durch politische Torheiten die Entwicklung der Dinge in einer jetzt nicht voraussehenden Weise beschleunigt wird. Wie eilig man sich dieselbe aber auch vorstelle, so ist das eine sicher, daß diese Entwicklung keinen Aufbruch machen wird, der von der auf einen Schlag verfallenden alten Gesellschaft in die gleichfalls auf einen Schlag ersinkende neue Gesellschaft hinüberführt. Die Theorie der plötzlichen, ungeheuren, ich möchte sagen dramatischen Umwälzungen hat sich auf allen Gebieten als unhaltbar erwiesen. Das Neuentstandene, das plötzliche und gründliche Verschwinden eines alten Zustandes gibt es in der Entwicklung der Gesellschaft so wenig wie in der Natur. Alles ist ein langsames, aber schnelleres, aber stets allmähliches Umgestalten, bei welchem Altes und Neues nebeneinander herläuft, bis letzteres schließlich die Oberhand gewinnt. Der Kapitalismus wird so wenig plötzlich vergehen, als er plötzlich entstanden ist; und wenn einmal der Sozialismus das Übergewicht erreicht haben wird, so wird er sich ebensoviel mit einer Anzahl vorgefundener wirtschaftlichen und politischen Tatsachen auseinandersetzen müssen, wie sein Vorgänger das Erbe des Feudalismus antreten mußte und letzteren nur allmählich auflösen vermochte.

Der Gedanke, daß die sozialistische Gesellschaft aus dem nächsten Kriege entstehen soll, ist nach meiner Überzeugung der allerberkehrteste. Denn an der Schwächung der Gesellschaft würden auch wir unseren reich bemessenen Anteil haben. Die wirtschaftliche Entwicklung würde keine augenblickliche Förderung erfahren, wohl aber müßte notwendig das Nationalgefühl in hohem Maße hervortreten. Nach meiner Überzeugung aber wäre ein großer Krieg nicht nur ein allgemein menschliches Unglück, sondern zugleich auch der größte Schlag, welcher den Sozialismus treffen könnte. Und gerade deshalb erlaube ich mich, mit doppeltem Eifer für jede den Frieden schützenden Maßregel, welche sie in der Verwirklichung des Gedankens der Völkerverbrüderung oder in Maßnahmen der Inhaber der öffentlichen Gewalt, „Münchener Post“ vom 1. — 4. August 1891.

Pfannkuch & Co.

Spezialhaus für Lebensmittel
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen
Karlsruhe-Pforzheim u. Um-
gebung
Beachten Sie unsere Tagesinserate!

Süddeutsche Disconto- gesellschaft A. G.

Filliale Karlsruhe
Kaiserstrasse 146 gegenüber der Hauptpost.

Bankhaus Veit L. Homburger

Karlstraße 11
Telephon 55, 96, 208, 4835, 4836.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle f. Mündelvermögen.

Stark- und Hauswäsche jeder Art

Wäscherei Bardusch

Filliale Karlsruhe Kreuzstr. 7, Teleph. 2101
Durlach, Schloßstr. 3, Ettlingen, Teleph. 61

Beste Bezugsquelle für Zuckerwaren

Verkauf nur an Wiederverkäufer
Spezialität: „Aeska-Karamellen“

Adolf Speck, Zuckerwarenfabrik

Karlsruhe i. B.

Die Fabrik Els.-Bad. Konserven

Flach & Co., m. b. H.

KARLSRUHE
stellt her:
Obstkonserven, Marmeladen, Frucht-
säfte in guter Qualität.

Gefächliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Christ. Oertel Kaiserstrasse 101-3
Ornstein & Schwarz Billigste Bezugsquelle für
Wäsche- und Effen-Ausstattungen Herren- und Knabenbekleidung.

LAUTERBERG CIGARETTEN

Die Marke für Kenner

Abfahrt in Richtung:

Pforzheim	Bruchsal	Schwetzingen	Ettlingen	Durlach	Maxau	Eppingen
Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.
W 6 ³⁰	W 6 ³⁰	W 6 ³⁰	W 6 ³⁰	W 6 ³⁰	W 6 ³⁰	W 6 ³⁰
D 6 ³⁰	D 6 ³⁰	D 6 ³⁰	D 6 ³⁰	D 6 ³⁰	D 6 ³⁰	D 6 ³⁰
L 7 ³⁰	L 7 ³⁰	L 7 ³⁰	L 7 ³⁰	L 7 ³⁰	L 7 ³⁰	L 7 ³⁰
W 8 ³⁰	W 8 ³⁰	W 8 ³⁰	W 8 ³⁰	W 8 ³⁰	W 8 ³⁰	W 8 ³⁰
D 9 ³⁰	D 9 ³⁰	D 9 ³⁰	D 9 ³⁰	D 9 ³⁰	D 9 ³⁰	D 9 ³⁰
W 10 ³⁰	W 10 ³⁰	W 10 ³⁰	W 10 ³⁰	W 10 ³⁰	W 10 ³⁰	W 10 ³⁰
D 11 ³⁰	D 11 ³⁰	D 11 ³⁰	D 11 ³⁰	D 11 ³⁰	D 11 ³⁰	D 11 ³⁰
L 12 ³⁰	L 12 ³⁰	L 12 ³⁰	L 12 ³⁰	L 12 ³⁰	L 12 ³⁰	L 12 ³⁰

Ankunft in Richtung:

Pforzheim	Bruchsal	Schwetzingen	Ettlingen	Durlach	Maxau	Eppingen
Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.
D 8 ³⁰	D 8 ³⁰	D 8 ³⁰	D 8 ³⁰	D 8 ³⁰	D 8 ³⁰	D 8 ³⁰
W 9 ³⁰	W 9 ³⁰	W 9 ³⁰	W 9 ³⁰	W 9 ³⁰	W 9 ³⁰	W 9 ³⁰
D 10 ³⁰	D 10 ³⁰	D 10 ³⁰	D 10 ³⁰	D 10 ³⁰	D 10 ³⁰	D 10 ³⁰
W 11 ³⁰	W 11 ³⁰	W 11 ³⁰	W 11 ³⁰	W 11 ³⁰	W 11 ³⁰	W 11 ³⁰
D 12 ³⁰	D 12 ³⁰	D 12 ³⁰	D 12 ³⁰	D 12 ³⁰	D 12 ³⁰	D 12 ³⁰

W: Wochentags, Sa: Samstags, S: Sonn- u. Feiertags, W*: Wochentags ausgen. Samstags.
E: Eilzug, D: D-Zug, L: Luxuszug.

Möbelkaufhaus Gust. Friedrichs

Markgrafenstr. 24 und Kronenstr. 40 (ehem. Hotel Geist).

Geschw. KNOPF

KARLSRUHE
Badens grösstes Kaufhaus für alle Artikel
des täglichen Bedarfs

Bankhaus Straus & Co.

Friedrichsplatz 1.
Schröder & Fränkel
Konfektionshaus „Hansa“
feine Mass-Schneiderei.

Christian Kiefer

Kohlen · Koks · Briquets · Holzkohlen
Karlsruhe i. B.

Spiegel & Wels Nachf.

Telephon 1052 KAISERSTRASSE 166 bei der Hauptpost
Grosses Spezial-Geschäft für beste
Herren- und Knaben-Kleidung
fertig und nach Mass.

Karlsruher Lebensversicherung

auf Gegenseitigkeit.
Versicherungsbestand:
1 Milliarde 700 Millionen Mark
Neue Tarife mit niedrig. Prämien.
Versicherung ohne Untersuchung

„Karl Dietsche“

Butter und Käse — en gros — en detail
Amalienstr. 29 Telephon 120.

Konditorei und Café Karl Kaiser

Kaiserstr., Ecke Douglasstr. — Tel. 1288.

Konditorei und Café Karl Ringwald

Karlsruhe, Wilhelmstrasse 19 — Tel. 4210.

Geschwister Allmendinger

Schokoladen — Confitüren
Kaiserstr. 140 — Waldstr. 38 — Tel. 3573.

F. Bausback, Weingroßhandlg.

Telephon 1468.

B. Odenheimer

Kirchwasser Weinbrand
Liköre — Obstbrännerei — Karlsruhe i. B.

Abt. Brogli & Co., Lebensmittel

Büro: Viktorstr. 15, Filialen: Am Mühl-
burger Tor, Mathystr. 35, Adlerstr. 14.

Jos. Schneider, Wurst- und Fleischwaren

Erbsenstr. 23. — Telephon 870.

Süddeutsches Zigarren-Haus

Kaiserstrasse
Kolosseum-Vorverkauf. — Telephon 3371.

Zigarrenhaus Pet. Best, Spezialhaus feiner deutscher

Fabrikate, Kaiserstrasse 113, Ecke Adlerstr.

H. Brodführer

Kaiserstrasse 5
Telephon 2018
Fahrräder — Nähmaschinen — Zubehör — Reparaturen.

Hotels, Cafés, Vergnügen

Gasth. z. Gold. Hirsch, Kaiserstr. 129, Altbek. gut
Restaurant, reichh. Mittags- u. Abendtisch, eig.
Schlächterei, tägl. alle Sorten hausg. Wurstwaren

CAFÉ BAUER

Täglich Künstler-Konzert
Violin-Virtuose Dolzcel

Bekleidung, Schuhe, Putz

Adolf Stein Nachf.
Inh.: J. Weiss
Spezialhaus für Herren- u. Jünglingsbekleidung
fertig und nach Mass
Kaiserstrasse 233, Ecke Hirschstrasse
I. Etage — Telephon 1860.

Leonhard Gretz, Schneider

Karlsruhe, Marienstr. 27
Großes Lager fertiger Herren- u. Knabenkleider
sowie neuester Stoffe zur Massanfertigung.

Karl Fuchs, Kaiserstr. 205 I.

2750 Teleph. 2760
Feine Herrenschneiderei
Sportbekleidung und Livreen
Reichhaltiges Lager In- und Auslandstoffe.

W. Boländer

Spezialhaus für
Bekleidung u. Ausstattung

Eugen Löw-Hölzle

Kaiserstrasse 187
Schuhwaren.

Carl Frey Nachf.

Inhaber: W. Friedrich
Kaiserstr. 99 Herrenartikel Teleph. 3228

Gebr. Schmitt, Mineralwasserfabrik

Kulmbacher Bier — Bernhardstr. 7, Telef. 9050.

UHREN, GOLDWAREN und TRAUERUNGEN

J. HILLER, WALDSTR. 24

Heinrich Schlerf Nachf.

Bürsten, Schneuertücher,
Kurzwaren für Wiederverkäufer

Karlsruhe SPORTEL

Kaiserstr. 174
Farnspr. 5218

I. Weingand, Putz- und Modewaren

Philippstr. 1, gegenüber der Kath. Kirche.

S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137

Spezialhaus für Damen- u. Kinderhüte

Geschw. Gutmann, Kaiserstr. 122

Damenhüte — Modewaren.

Gebr. Ettliger

Spezialhaus für Besätze und Spitzen
und sämtliche Zutaten für die Damen-
schneiderei. Handschuhe, Strümpfe,
Wollwaren, Kinder-Ausstattung.

Leipheimer & Mende

Spezialgeschäft für
Manufakturwaren

STRUMPF-HAUS

Rudolf Wieser
Kaiserstr. 153 Telephon 740

Volksfreundleser!

Berücksichtigt bei Euren Ein-
käufen die Interessen der
Partei! Beachtet die
Firmen in der Gefächlichen
Rundschau!

E. Iben, Ettlingen

Obstbauschule
am Staatsbahnhof.

„Marellis“ das Merkwort

für hochwertige Qualitäts-Zigaretten!

Otto Mayer

Drogerie, Wilhelm-
str. 20, Ecke Schillerstr.

Paul Hügel, Seitzstr.

II. Arbeiterwäscherei
jeder Art, Manufakturwaren,
Kurs-, Weiss- und Wollwaren.

Allgemeines

Areiz & Co., Gummiwarenhaus

Krankenpflege-Artikel — Linoleum
Wachstuche
Kaiserstrasse 215 Telephon 210

Spezial-Kofferhaus

Geschw. Sämmler
Kronenstrasse 51
Reisekoffer, Lederwaren, Damentaschen u.s.w.

Reserviert für
L. Mayer, Baden-Baden.

Friedr. Bloß, Praktische Geschenkartikel,

Leder- und Parfümerien, Kaiserstrasse 104.

Möbelhaus Gebr. Karrer

Hauptlager: Karlsruhe-Mühlberg, Pallystrasse Nr. 19

Nähmaschinen

in höchster Vollendung
und Leistungsfähigkeit
Nähmaschinenhaus Excella G. m. b. H.
Ecke Mühlburger Tor/Waldstrasse

Franz Mappes, Nähmaschinen, Fahrräder-

Reparaturwerkstätte, Kaiserstrasse 172.

Carl Ehrfeld, Nähmaschinen, Fahrräder.

Erbsenstr. 1 (Rondellplatz), Telephon 103.

J. Ettliger & Wormser, Karlsruhe/Baden.

Telephon 5, 15, 205, 376. — Eisen, Eisenwaren und Metalle.

Rosentfeld & Co.

Neuereuter-
strasse 5
Eisen — Metall — Großhandlung.

J. C. Mosetter Nachfolg., Kaiserstr. 227.

Spezialgeschäft für Büroeinrichtung u. Bürobedarf. Fern-
spr. 3172. Verkaufsstellen: Kohl a. Rh., Ludwigshafen a. Rh.

S. Krämer, Möbel- und Bettenhaus

Kaiserstr. 30, Telephon 4268.
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen, Diwanen und alle
Sorten einzelne Möbel. Billigste Preise.
u. u. Calante reelle Bedienung. u. u.

Holz-Gutmann, Kaiserstr. 109

Übersahme kompl. Wohnungs-Einrichtungen

Möbel, ganze Einrichtungen, Einzelmöbel, Betten

Billigste Preise! EPPEL, Steinstrasse 6.

Gebr. Kaufmann, Ferniergroßhandlung

Gottesauerstrasse 30. Telephon 5429

Fritz Müller

Musikalien - Handlung
Instrumente
Kaiserstr., Ecke Waldstr.